

8. Oktober 1989

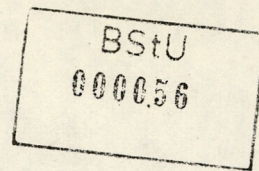
Streng geheim!

Hinweise auf Reaktionen progressiver Kräfte zur gegenwärtigen innenpolitischen Lage in der DDR

Nach vorliegenden Hinweisen aus der Hauptstadt und allen Bezirken der DDR schätzen viele progressive Kräfte, insbesondere Mitglieder der SED, ein, daß die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR ernsthaft in Gefahr ist. Sie bekunden gleichzeitig ihre Bereitschaft, sich an die Seite der Partei zu stellen und die Arbeiter-und-Bauern-Macht vor allen Angriffen innerer und äußerer Feinde zu schützen.

Ihren eigenen Feststellungen zufolge habe sich das Stimmungsbild der Bevölkerung der DDR weiter rapide verschlechtert. In vielen Meinungsäußerungen sowie in zahlreichen Eingaben und Stellungnahmen von Arbeitskollektiven, gerichtet an Repräsentanten der Parteiführung, zentrale und territoriale Partei- und Staatsorgane sowie Gewerkschaftsleitungen, wird zum Ausdruck gebracht, daß die Funktionsfähigkeit der Führung und Leitung politischer, ideologischer und volkswirtschaftlicher Prozesse in der DDR erstarret sei. Viele Werktätige sprechen offen aus, daß sie das Vertrauen in unsere Entwicklung, vor allem in unsere Wirtschaftspolitik, verloren und ernsthafte Zweifel an der Perspektive des Sozialismus in der DDR haben. Die spürbare Zuspitzung vorhandener innenpolitischer Probleme und Schwierigkeiten, die durch die "Massenfluchten" sowie die Formierung einer inneren Opposition und von ihr inszenierter provokatorischer Aktionen noch weiter verschärft wird, seien Beweis für eine umfassende gesellschaftliche Krise in der DDR. Diese Entwicklung habe zu einer erheblichen Zunahme von Erscheinungen der Verunsicherung, der Ratlosigkeit und Resignation unter Parteimitgliedern, Mitarbeitern des Staatsapparates und weiteren gesellschaftlich aktiven Personen sowie zu einem erheblichen Absinken der Leistungsbereitschaft und Arbeitsdisziplin in allen gesellschaftlichen Bereichen geführt.





Zahlreiche progressive Kräfte, darunter viele Werktätige vor allem älterer Jahrgänge, befürchten, daß es zu großen Erschütterungen in der Gesellschaft komme, die von der Partei nicht mehr beherrschbar seien. Bereits jetzt - so argumentieren sie - befände sich die DDR in einer Situation wie kurz vor den konterrevolutionären Ereignissen am 17. Juni 1953.

Besorgt äußern sie sich vor allem über den in erschreckendem Maße zunehmenden Vertrauensschwund der Werktätigen gegenüber der Partei- und Staatsführung.

Viele Werktätige, einschließlich zahlreicher Mitglieder und Funktionäre der Partei, äußern sich dahingehend, daß die Partei- und Staatsführung nicht mehr in der Lage und fähig sei, die Situation real einzuschätzen und entsprechende Maßnahmen für dringend erforderliche Veränderungen durchzusetzen. Sie könne angesichts ihrer altersmäßigen Zusammensetzung nicht mehr flexibel reagieren.

Als besonders enttäuschend und teilweise mit großer Bitterkeit wird die Tatsache bewertet, daß sich die Partei- und Staatsführung der DDR bisher nicht direkt und persönlich an die Partei und die Werktätigen gewandt habe, um den Standpunkt der Partei zur gegenwärtigen innenpolitischen Situation darzulegen und damit zugleich konkrete Aufgaben und Orientierungen für die weitere Entwicklung zu geben.

Die bisher gehandhabte Methode, die die ganze DDR-Bevölkerung interessierenden, persönlich berührenden Vorgänge ausschließlich durch ADN und einige ausgewählte Kommentatoren bewerten zu lassen, sei Ausdruck der Unterschätzung des Ernstes der Lage durch die politische Führung der DDR und ihrer Konzeptionslosigkeit. Das zeige sich auch in der durch führende Vertreter der Partei und des Staates vergebenen Chance, ihre Auftritte im Rahmen der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR dafür zu nutzen, klare und offene Worte für die derzeitige Situation zu finden und entsprechende Lösungswege anzudeuten, um die Partei und alle fortschrittlichen Kräfte zu mobilisieren. Die in der Zeitung "Der Morgen" veröffentlichte Rede des LOPD-Vorsitzenden Gerlach wurde mit Zustimmung aufgenommen und als eine erste Positionsbestimmung in der erwarteten Richtung bewertet.



Weitestgehend auf Ablehnung stoße die Medienpolitik der Partei. Ihre einseitige Orientierung auf Erfolgsberichterstattungen, die im Widerspruch zu dem Alltagsleben der Werktätigen stünden, die die Probleme im Lande verschweige und über aktuelle Vorgänge überhaupt nicht bzw. zu spät informiere, habe dazu geführt, daß sie nicht mehr ernst genommen wird und zunehmend unglaubwürdig erscheint.

Zahlreiche journalistisch tätige Personen vertreten in Kenntnis der konkreten Lage den Standpunkt, daß die DDR-Massenmedien die Bevölkerung nicht mehr erreichen. Auf völliges Unverständnis stößt bei progressiven Kräften vor allem die fehlende politisch offensive Auseinandersetzung mit feindlichen, oppositionellen Kräften und mit von solchen Personenkreisen verfaßten und verbreiteten antisozialistischen Pamphleten. Ein derartig passives und defensives Verhalten würde der gegnerischen Seite Tür und Tor für deren ideologische Offensive öffnen.

Es sei dadurch eine Lage entstanden, daß selbst zahlreiche Bürger mit einer positiven Grundeinstellung, darunter insbesondere Angehörige aus den Bereichen Hoch- und Fachschulwesen, Kunst und Kultur sowie Studenten, sich mit Zielen und Inhalten der oppositionellen Sammlungsbewegung "Neues Forum" identifizieren, indem sie die in dem Gründungsaufwurf dieser Gruppierung enthaltenen politischen Grundinhalte und Forderungen akzeptieren und weiter verbreiten.

Unter Bezugnahme auf diese vorgenannten Probleme verweisen progressive Kräfte darauf, immer unsicherer zu werden in der Beurteilung der Lage und keine, die Werktätigen überzeugenden Argumente zu besitzen. Dadurch scheuten sie sich immer mehr, überhaupt noch Auseinandersetzungen in den Betrieben zu führen.



Hinzu komme, daß es nach wie vor Praxis sei, daß hauptamtliche Parteifunktionäre auf entsprechende Fragen der Parteimitglieder keine Antworten geben oder versuchen, sich mit dem formalen Zitieren aus entsprechenden Parteidokumenten "über die Runden zu retten". Teilweise wurde Parteimitgliedern bei Anfragen eine unparteiliche Haltung unterstellt, mit Parteistrafen gedroht und damit jegliche Diskussion strikt unterbunden. Im Bestreben um die Fortsetzung des politischen Gesprächs mit den Werktätigen bemühen sich viele Parteimitglieder entsprechend ihrem Wissensstand darum, eigene Antworten und Lösungsvarianten in die Diskussion einzubeziehen. Dabei ist jedoch eine starke Verunsicherung dahingehend festzustellen, daß ihr Auftreten möglicherweise nicht mehr mit der "Linie der Partei" übereinstimmt, was vor allem auf eine ihrer Ansicht nach unzureichende Informations-tätigkeit in der Partei zurückgeführt wird.

Bei entsprechenden ideologischen Auseinandersetzungen in den Arbeitskollektiven würden progressive Kräfte in breitem Umfang mit Diskussionen über die Existenz einer Schicht von Privilegierten in der DDR konfrontiert, zu der vor allem staats- und wirtschaftsleitende sowie Parteifunktionäre auf zentraler bis hin zur Kreisebene gezählt werden. Derartige Personen, so wird argumentiert, hätten den Blick für das Alltagsleben der Bürger verloren.

Getragen von der Sorge um die Erhaltung der politischen Stabilität der DDR und der Abwendung von Gefahren für den sozialistischen Staat erwarten und fordern viele Werktätige, insbesondere klassenbewußte Arbeiter aus Industrie und Landwirtschaft, Angehörige der Intelligenz sowie Mitarbeiter staatlicher und wirtschaftsleitender Organe, einen unverzüglich beginnenden offenen Dialog der Parteiführung mit den Werktätigen über die anstehenden Probleme.



Mitglieder und Funktionäre der SED, der befreundeten Parteien und gesellschaftlichen Organisationen sowie Arbeitskollektive aus allen gesellschaftlichen Bereichen fordern - zum Teil mit großem Nachdruck und sehr emotional geprägt -, daß die Partei- und Staatsführung unverzüglich eine umfassende kritische und reale Analyse der innenpolitischen Lage vornimmt, eine öffentliche Diskussion über Lösungswege zur Überwindung der vorhandenen Probleme und über strategische Entwicklungslinien in Gang setzt sowie eine politische Offensive gegen feindliche, oppositionelle Kräfte in der DDR einleitet.

Als vordringlich angesehene Veränderungen werden insbesondere genannt:

#### 1. Volkswirtschaft

- Aufzeigen einer klaren Perspektive der volkswirtschaftlichen Entwicklung in einer für alle Bürger der DDR faßbaren, überschaubaren und abrechenbaren Form,
- Durchsetzung moderner und wirksamer Methoden der Wirtschaftsführung, vor allem bezogen auf die Planung, Bilanzierung und Abrechnung unter Beachtung des Abbaus des administrativen Aufwandes,
- Gestaltung einer flexibleren und marktorientierten Planwirtschaft,
- weitere Erhöhung der Eigenverantwortung und Selbständigkeit der Betriebe,
- Abbau des Mißverhältnisses zwischen der Größe der produktiven Bereiche und der des Überbaus,
- Veränderungen in der Subventionspolitik,
- konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips.



## 2. Versorgung der Bevölkerung

- Gewährleistung einer bedarfs-, qualitäts- und sortimentsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln, Industriewaren und Konsumgütern,
- Sicherung der Ersatzteilversorgung,
- Abbau der Wartezeiten für den Neuerwerb von Pkw,
- Korrekturen im Lohn-Preis-Gefüge.

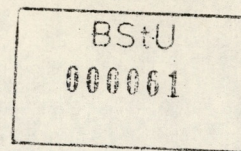
## 3. Reiseverkehr

- Schaffung von Reisemöglichkeiten in das nichtsozialistische Ausland, unabhängig von Verwandtschaftsverhältnissen und besonderen Anlässen,
- Aufhebung der zeitweiligen Aussetzung des paß- und visafreien Verkehrs zwischen der DDR und der CSSR für DDR-Bürger.

## 4. Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie

- die Arbeit zentraler Partei- und Staatsorgane für das Volk "durchsichtiger machen", bürgernäher gestalten,
- Entwicklung neuer Formen und Methoden zur direkten Einbeziehung der Werktätigen in die Vorbereitung von Entscheidungen in allen Bereichen der Gesellschaft,
- konsequente Durchsetzung des Prinzips der Mitbestimmung und Mitverantwortung,
- kontinuierliche Rechenschaftslegung der Partei- und Staatsfunktionäre auf allen Ebenen vor dem Volk.





## 5. Informationspolitik

- Beseitigung des Widerspruchs zwischen gesellschaftlichem Anspruch und der Wirklichkeit durch Beendigung umfassender "Hofberichterstattungen" und einseitig orientierter Erfolgsmeldungen,
- offenes und ehrliches Aufdecken aller Probleme und Schwierigkeiten, um die gesamte Gesellschaft zu mobilisieren,
- aktuelles und offensives Reagieren auf Angriffe des Gegners und innerer Feinde.

## 6. Innerparteiliches Leben

- Kritik wieder zum Entwicklungsgesetz der Partei entwickeln,
- Gewährleistung einer offenen Atmosphäre, in der für alle Parteimitglieder die Möglichkeit besteht, sich mit Problemen und Hemmnissen auseinanderzusetzen, sie bewegende Fragen offen ansprechen,
- Gewährleistung des ständigen Auftretens führender Parteifunktionäre vor dem Parteiaktiv,
- volle Gewährleistung der innerparteilichen Demokratie,
- Sicherung einer aktuellen innerparteilichen Informationstätigkeit.